

Finanzspritze für Sozialarbeiter

Der Stadtrat will dem Verein Strassensozialarbeit Winterthur mit jährlich 95 000 Franken unter die Arme greifen. Das Geschäft hat im Gemeinderat gute Chancen, obwohl die SVP schon jetzt über einen Ablehnungsantrag nachdenkt.

Wie viel Steuergeld soll für Menschen am Rande der Gesellschaft ausgegeben werden? Und in was lohnt es sich zu investieren: in Prävention, Repression, Hilfe zur Selbsthilfe? Die Abstimmung über die Anlaufstelle für Randständige ist erst wenige Monate her, da muss sich die Winterthurer Politik bereits wieder mit diesen Fragen auseinandersetzen. Wie der Stadtrat gestern bekannt gegeben hat, wird er dem Gemeinderat einen jährlich wiederkehrenden Kredit von 95 000 Franken zugunsten des Vereins Strassensozialarbeit Winterthur beantragen.

Der Verein erhält schon seit mehreren Jahren städtisches Geld. Im letzten August wurde der jährliche Beitrag an sein Angebot Mobile Jugendarbeit Winterthur (Mojawi) vom Gemeinderat sogar aufgestockt, auf 275 000 Franken jährlich. Nun soll auch das zweite Angebote des Vereins, die Subita, von der Stadt unterstützt werden. Deren Mitarbeiter, zwei teilzeitbeschäftigte Sozialarbeiter, bieten Menschen am Rande der Gesellschaft eine niederschwellige Hilfe an. Zielgruppe der Subita sind insbesondere Personen, die nicht die gängigen Anlaufstellen nutzen und denen Vereinsamung und Verwahrlosung droht.

Forderung mit Vorgeschichte

Die beantragten 95 000 Franken entsprechen der Hälfte des Jahresbudgets der Subita, wie Vereinspräsident Joachim Stucki sagt. Die andere Hälfte werde wie bis anhin durch private Zuwendungen und Gelder der beiden Landeskirchen gedeckt. Der Grund dafür, dass die Stadt in die Bresche springen muss, ist das Auslaufen einer Übergangsförderung. Als der Verein sein Angebot um die Mojawi erweiterte, entschied die Stadt, die zuvor für die Subita geleisteten Beiträge für die Jugendarbeit zu entrichten. Stiftungen und Private sprangen damals ein, allerdings beschränkt auf wenige Jahre. Nun soll wieder die Stadt einen Teil der aufsuchenden Sozialarbeit bezahlen.

Für Sozialvorsteherin Maja Ingold (EVP) gehört die Unterstützung der Subita in den Kontext der Massnahmen, welche die Stadt nach der Auflösung der Szene beim Pavillon eingeleitet hat. Wie andere grosse Städte habe Winterthur Zentrumslasten zu tragen. Dazu gehöre auch, dass man Menschen am Rande Hilfe anbiete und eine kooperative Stimmung im öffentlichen Raum erhalte. Der Stadtrat habe sich mit der Schaffung einer eigenen Institution für diese Zwecke befasst - nach dem Vorbild der Stadt Zürich, die eine Einsatztruppe SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) unterhält. Eine solche Lösung wäre aber teurer gekommen, als bestehende Instrumente weiterzuentwickeln, so Ingold. Bei der Subita handle es sich um eine bewährte Institution mit gut vernetzten Mitarbeitern. Die Zusammenarbeit mit erfahrenen Non-Profit-Organisationen sei in Winterthur ein bewährtes Modell.

Aber sieht dies der Gemeinderat gleich? Die Parteien hatten bis gestern noch keine Gelegenheit, den Antrag zu diskutieren. Es ist aber wahrscheinlich, dass die SVP einen Ablehnungsantrag stellen wird, wie Fraktionspräsidentin Christa Kern bestätigt. Die Volkspartei hatte sich im August schon gegen den Kredit für die Mobile Jugendarbeit eingesetzt. Hingegen dürften sich SP und Grüne hinter den Stadtratsantrag stellen. Folgen ihnen EVP oder CVP, steht die Mehrheit. Und danach sieht es aus, auch wenn beide Mitteparteien betonen, sie müssten das Geschäft noch genau prüfen. IMARC LEUTENEGGER